

Antrag A12

Antragssteller*innen: BV Neukölln

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Gute Arbeit im Gesundheitsbereich sichern

Der Parteitag beschließt, den Beschäftigten im Gesundheitsbereich eine angemessene Bedeutung in den Koalitionsverhandlungen einzuräumen.

Die Tarifverträge Entlastung von Charité und Vivantes müssen erhalten bleiben. Die darin erkämpften verbindlichen Personalvorgaben und der Belastungsausgleich bei Unterbesetzung sind ohne Verschlechterung abzusichern und umzusetzen. Zudem müssen die Beschäftigtenvertretungen die Umsetzung kontrollieren können. Ziel ist, dass genügend Personal vorhanden ist und die Überlastung endet. Dafür sind die nötigen Mittel bereitzustellen. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach weiteren Verbesserungen werden unterstützt.

Die Rückführung der Tochterunternehmen von Charité und Vivantes muss mit einem verbindlichen Zeitplan und gesicherter Finanzierung in den TVÖD vollzogen werden. Ziel sind gleiche tarifliche Rechte für alle Beschäftigten. Auslagerungen zur Umgehung von Tarifverträgen sind zu beenden.

Die Beschäftigten haben ihre Rechte durch Organisation und Streiks selbst erkämpft. Bei Veränderungen sind sie und ihre Vertretungen frühzeitig einzubeziehen und ihre Rückmeldungen zu berücksichtigen. Das Land Berlin darf als Arbeitgeber gewerkschaftliche Arbeit nicht behindern und Streiks nicht wirkungslos machen und soll die erkämpften Rechte dauerhaft sichern.

Sorgearbeit wird überwiegend von Frauen geleistet und ist unterbewertet. Sie muss aufgewertet und von pauschalen Sparvorgaben ausgenommen werden. Die Umsetzung aller genannten Punkte muss im Ausgabepfad der Koalition abgebildet sein.

Begründung: Im Berliner Gesundheitswesen arbeiten rund eine Viertelmillion Menschen, oft unter Bedingungen, die sie an ihre Grenzen bringen. Die Tarifverträge Entlastung wurden von den Beschäftigten selbst erkämpft und dürfen in den Koalitionsverhandlungen nicht zur Verhandlungsmasse werden. Auch die Spaltung der Belegschaften durch Tochterunternehmen ist nicht hinnehmbar. Die erkämpfte Angleichung an den TVÖD ist ein wichtiger Schritt, aber noch keine Rückführung und keine gleichen Rechte für alle. Pflege, Reinigung, Therapie und Service sind Sorgearbeit, die überwiegend von Frauen geleistet und schlechter bezahlt wird.

Unsere Partei hat die Arbeitskämpfe in Wahlkämpfen und im Wahlprogramm immer wieder unterstützt. Im Sondierungspapier findet sich dazu nichts Verbindliches. Der Koalitionsvertrag muss eine Umsetzung mit klaren Fristen und gesicherter Finanzierung festschreiben.